

Schriftenreihe

Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Maximilian Fritsch

Europa der Regionen

Überlegungen zu einem unionsrechtlichen Begriff der Regionen
mit Gesetzgebungskompetenzen anhand eines Rechtsvergleichs



Nomos

Schriftenreihe Europäisches Recht, Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dres. h.c. Jürgen Schwarze,
Direktor des Europa-Instituts Freiburg e.V.,
Universität Freiburg

Prof. Dr. Armin Hatje, Universität Hamburg

Band 396

Maximilian Fritsch

Europa der Regionen

Überlegungen zu einem unionsrechtlichen Begriff der Regionen
mit Gesetzgebungskompetenzen anhand eines Rechtsvergleichs



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Lüneburg, Universität, Dissertation, 2019

ISBN 978-3-8487-6416-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-0507-3 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

„Ein Staat kann nicht rein theoretisch konstruiert werden, sondern er muß ebenso wachsen, reifen wie der einzelne Mensch.“

Aus den Flugblättern der Weißen Rose

Dies ist die zur Veröffentlichung bearbeitete Untersuchung „Europa der Regionen“, die in den Jahren von 2015 bis 2018 unter Betreuung von Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europäisches und Internationales Recht sowie Regulierungs- und Kartellrecht, entstand und 2019 als Dissertation an der Leuphana Universität Lüneburg angenommen wurde. Am Beginn dieser Arbeit stand das Forschungsinteresse, die Studie des Autors zum Vergleich der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen in Deutschland und Italien aus dem Jahr 2015 um weitere Regionen der EU-Mitgliedstaaten zu erweitern und zu ermitteln, wie ein unionsrechtlicher Begriff von Regionen und deren Gesetzgebungsbefugnissen aussehen könnte. Für dieses Thema gibt es gute Gründe. Seit einigen Jahren ist wahrzunehmen, dass in Europa Kompromissfähigkeit und der Konsens zur Integration abnehmen und unsachliche Hasstiraden an die Stelle konstruktiver Kritik treten. Nur die allgemeine Wohlstandssättigung mag wohl verschleiern, dass noch vor 30 Jahren Stacheldraht und Kriege auf unserem Kontinent selbstverständlich waren. Bedenklich ist, wie derzeit ideologisch und scheinreligiös aufgeladene Destabilisierungstendenzen der Weltordnung die europäischen Völker verunsichern, ihr Rechtssystem verändern, Grenzen schließen und Staaten von der Union entfernen. Dabei waren europäische Binnengrenzen bis ins 19. Jahrhundert keine Grenzlinien, sondern Grenzräume. Räume sind gemeinsam gestaltbar. Linien grenzen ab. Diese neuen Grenzziehungen sind zudem eine Zäsur in der individuellen Lebenserfahrung des Autors, der unter dem Eindruck der europäischen Integration als Zeichen für Fortschritt aufgewachsen ist, auch aus familiären Hintergründen mit deutsch-tschechischen Bezügen. Heute aber fordern die EU vor allem Renationalisierung, Sezession, Entdemokratisierung, Terror, Konflikte in Europas Grenzräumen, die Migration und die globalisierten Märkte. Die zunehmend heterogenere europäische Gesellschaft wird einen neuen Konsens finden müssen, wie sie ihr Zusammenleben regelt, wenn sie in einer Union zusammenbleiben möchte. Dabei sind zwei Grundströmungen erkennbar. Zum einen ein Individualisierungstrend, vor allem nach dem persön-

lichen Glück zu streben. Zum anderen spielt aber auch vermehrt das Bedürfnis nach Identität und Heimat als neuer „Gemeinsinn“ eine Rolle. Diese letztere Tendenz betrifft ganz wesentlich die gesetzgebenden Regionen in Europa. Die Verbindung von Individual- und Gemeinschaftsinteresse beginnt mit im Regionalen verankerten Themen. Im Mittelpunkt dieser Studie steht daher die Frage, ob es Regionen mit vergleichbaren Aufgaben in der EU gibt und ob ein Regionalbegriff im Unionsrecht denkbar wäre, um einem „Europa der Bürger“ besser gerecht zu werden. Allen die mir bei dieser Arbeit Ansporn sowie mit Geduld und Beistand Unterstützung waren, vor allem Herrn Prof. Dr. *Terbechte*, Herr Prof. Dr. *Schomerus* und Frau Prof. *Smith*, meiner Frau und meinem Sohn, meiner Familie und meinen Freunden, insbesondere den Herren *Stefan Borst* und Dr. *Benjamin Wankel*, sowie dem Nomos-Verlag für die Betreuung und Veröffentlichung, sei herzlichst gedankt.

Regensburg, im Frühjahr 2020

Maximilian Fritsch

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
1. Teil: Einführung, Methodik und Definitionen	19
§ 1 Regionenbegriff und regionale Gesetzgebung im EU-Mehrebenensystem	19
A. Einführung	19
B. Forschungsfrage	26
C. Einordnung in den Forschungsstand	29
§ 2 Grundlegendes zu Vorgehen und Methodik	34
A. Untersuchungsverlauf	34
B. Methodik der Rechtsvergleichung	35
I. Entwicklung und Verortung im wissenschaftlichen System	35
II. Anwendungsschwerpunkte in dieser Untersuchung	39
1. Regionale Gesetzgebungskompetenzen als Vergleichsgegenstand	39
a) Mikrorechtsvergleich zu den regionalen Gesetzgebungsbefugnissen	39
b) Mehrstufiger Vergleich	40
aa) Charakterisierung der Rechtsordnung	40
bb) Strukturierung der Kompetenztitel nach Kompetenzfeldern in drei Stufen	40
2. Zur Interpretation der Vorschriften der verschiedenen Rechtsordnungen	42
§ 3 Grundlegendes zu Definitionen und Begriffen	45
A. Der Begriff der Region in Europa	45
I. Die Region in den bundes- und regionalstaatlichen Rechtsordnungen der EU	45
1. Grundzüge der bundesstaatlichen Rechtsordnungen – Tendenz zur Symmetrie der Regionen in den Bundesstaaten	46
2. Grundzüge der regionalstaatlichen Rechtsordnungen – Tendenz zur Asymmetrie der Regionen in den Regionalstaaten	49

3. Die Regionen in den Mitgliedstaaten	51
a) Die Bundesstaaten	51
aa) Die Gemeinschaften und Regionen in Belgien	51
bb) Die Länder in Österreich	53
cc) Die Länder in Deutschland	55
b) Die Regionen in den Regionalstaaten	57
aa) Die Autonomen Gemeinschaften in Spanien	57
bb) Die Regionen in Italien	59
cc) Die Landesteile des Vereinigten Königreiches	63
II. Zum Status der Regionen im Unionsrecht	65
III. Abgrenzung zu anderen Regionalismusformen	68
B. Der Begriff der Kompetenz	70
I. Grundlagen und Begriffsdefinition	70
1. Zu den Grundlagen des Kompetenzbegriffes	70
2. Das Verhältnis von Kompetenz und Zuständigkeit	71
3. Der Kompetenzbegriff im Staatsrecht	72
4. Die Besonderheiten des Kompetenzbegriffes im Unionsrecht	73
a) Zur Legitimation der Zuständigkeitsübertragung	75
b) Grundsätze zur Zuständigkeitsausübung durch die EU	76
aa) Grundsatz der nationalen Identität, der Gleichheit und der Loyalität in Art. 4 EUV	76
bb) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	79
cc) Subsidiaritätsgrundsatz für das Unionshandeln als Kompetenzausübungsschranke	81
5. Zur Anwendung des Kompetenzbegriffes in dieser Studie	83
II. Kompetenzkategorien	84
1. Allgemeines zum Begriff und Eingrenzung	84
2. Grundlegende Kompetenzkategorien bei der Gesetzgebung	85
a) Ausschließliche Kompetenzen	85
aa) Mitgliedstaatliche Rechtsordnungen	85
bb) Rechtsordnung der Europäischen Union	87
b) Konkurrierende und geteilte Kompetenzen	88
aa) Mitgliedstaatliche Rechtsordnungen	88
bb) Rechtsordnung der Europäischen Union	89

c) Grundlagen- und Ausführungskompetenzen	89
aa) Mitgliedstaatliche Rechtsordnungen	89
bb) Rechtsordnung der Europäischen Union	90
d) Die Maßnahmenkompetenzen der EU	90
e) Die Kompetenzergänzungsklausel des Art. 352 AEUV	91
f) Überblick zu den Mitwirkungskompetenzen der Regionen	92
aa) Mitwirkungskompetenzen in den Mitgliedstaaten	92
bb) Mitwirkungskompetenzen auf Unionsebene	93
g) Zusammenfassung der Übersicht über die Kompetenzkategorien	94
3. Grundlegendes zu Kompetenztiteln	95
a) Übertragung ganzer Rechtsgebiete	95
b) Übertragung einzelner Aufgaben	96
c) Rückschlüsse für diese Studie	96
C. Der Begriff der „Gesetzgebung“	96
I. Gesetz und Gesetzgebung – eine Einführung	96
1. Der Normbegriff in formeller und materieller Hinsicht	97
2. Repräsentative und direkte Gesetzgebung	102
3. Gesetze aufgrund informeller Verfahren	104
4. Gesetzeshierarchien	108
5. Gesetzgebungslehre und Normsetzungsstandards	109
II. Gesetzgebungsinstrumente der Regionen	111
1. Verfassungsgesetze und einfache Gesetze	112
2. Untergesetzliche Normen	114
a) Verordnungen	115
b) Satzungen	116
c) Verwaltungsvorschriften	117
3. Zwischenfazit zu den regionalen Instrumenten	118
III. Gesetzgebungs- und Vollzugsaufgaben der Regionen im EU-Mehrebenensystem	120
1. Besonderheiten bei Bindungswirkung, Erlass und Vollzug von Unionsrechtsakten mit Gesetzescharakter	120
a) Geltung, Anwendungsvorrang und Anwendbarkeit von Unionsrecht	121

b) Schranken bei der Auswahl des unionsrechtlichen Rechtsakts	123
2. Instrumente der supranationalen Normsetzung	124
a) Das Unionsprimärrecht als supranationales Verfassungsrecht	124
b) Bestimmungen zum Unionssekundärrecht mit Gesetzescharakter nach Art. 289 AEUV	125
c) Für Art. 289 AEUV anwendbare unionsrechtliche Rechtsakte	126
aa) Verordnung	127
bb) Richtlinie	127
cc) Beschlüsse	129
dd) Delegierte Rechtsakte nach Art. 290 AEUV	129
ee) Durchführungsrechtsakte	130
ff) Zwischenfazit zu den unionsrechtlichen Instrumenten	131
3. Grundsätze für den innerstaatlichen Vollzug durch die Regionen	131
a) Das Effektivitäts- und das Äquivalenzprinzip	133
b) Weitere primärrechtliche Vollzugsanforderungen für die Regionen	134
aa) Vollzug durch die Regionen nach innerstaatlichem Recht	134
bb) Vollzug als gemeinsames Interesse der Mitgliedstaaten und der Union	136
cc) Vollzugsanforderungen nach Arten von unionsrechtlichen Rechtsakten	136
4. Folgen von Vollzugsmängeln	138
2. Teil: Regionale Befugnisse im Vergleich	142
§ 1 Vergleich regionaler Kompetenzen in Bundes- und Regionalstaaten	142
A. Die bundesstaatlichen Rechtsordnungen der EU: Belgien, Österreich und Deutschland	142
I. Die Kompetenzordnung Belgiens	142
1. Grundlagen der Kompetenzverteilung in Belgien: Die Verfassung und das Sondergesetz vom 08. August 1980	142
2. Die Kompetenzen des Föderalstaates zur ausschließlichen und grundlegenden Gesetzgebung	147

3. Die Kompetenzen zur ausschließlichen und ausführenden Gesetzgebung von Regionen und Gemeinschaften	152
a) Regionen	154
b) Gemeinschaften	159
4. Kompetenzordnung im Finanzwesen	163
5. Zusammenfassung zur Kompetenzverteilung in Belgien	166
III. Die Kompetenzordnung Österreichs	167
1. Grundlagen der Kompetenzverteilung in Österreich: das Bundes-Verfassungsgesetz und die weiteren Verfassungsgesetze	167
2. Die ausschließliche und die Grundsatzgesetzgebung des Bundes	168
3. Die ausschließliche und Ausführungsgesetzgebung der Länder	177
4. Kompetenzordnung im Finanzbereich	182
5. Zusammenfassung der Kompetenzverteilung in Österreich	184
IV. Die Kompetenzordnung Deutschlands	186
1. Grundlagen der Kompetenzverteilung in Deutschland: das Grundgesetz	186
2. Die ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	187
3. Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern	191
4. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen der Länder	197
5. Kompetenzordnung im Finanzwesen	202
6. Zusammenfassung der Kompetenzverteilung in Deutschland	206
V. Zwischenergebnis zum Vergleich der Regionalkompetenzen in bundesstaatlichen Rechtsordnungen	208
1. Vergleichbare Kompetenzen	208
2. Unterschiede im Kompetenzbestand	211
3. Vergleich im Finanzbereich	213

B. Die Situation in den regionalstaatlichen Rechtsordnungen der EU am Beispiel von Spanien, Italien und dem Vereinigten Königreich	214
I. Die Kompetenzordnung Spaniens	214
1. Grundlagen der Kompetenzverteilung in Spanien: die Verfassung und die Autonomiestatute als „bloque de la constitucionalidad“	214
2. Die Kompetenzen zur exklusiven bzw. Grundlagengesetzgebung der nationalen Ebene	217
3. Die Kompetenzen zur exklusiven bzw. ausführenden Gesetzgebung der autonomen Gemeinschaften	223
4. Kompetenzordnung im Finanzwesen	229
5. Zusammenfassung der Kompetenzverteilung in Spanien	231
II. Die Kompetenzordnung Italiens	232
1. Grundlagen der Kompetenzverteilung in Italien: die Verfassung nach der Devolution 2001	232
2. Die Kompetenzen zur ausschließlichen und zur Grundlagengesetzgebung des Staates	235
3. Kompetenzordnung auf der regionalen Ebene – Regionen mit Sonder- und Normalstatut	239
4. Kompetenzordnung im Finanzbereich	247
5. Zusammenfassung der Kompetenzverteilung in Italien	251
III. Die Kompetenzordnung des Vereinigten Königreichs	253
1. Grundlagen der Kompetenzverteilung im Vereinigten Königreich: die Devolution seit 1998	253
2. Nationale Kompetenzvorbehalte im Rechtssystem des Vereinigten Königreichs	255
3. Die an die Landesteile delegierten Kompetenzen	258
4. Kompetenzordnung im Finanzbereich	263
5. Zusammenfassung der Kompetenzverteilung im Vereinigten Königreich	265
IV. Fazit zur Vergleichbarkeit der Kompetenzen in den regionalstaatlichen Rechtsordnungen	267
1. Vergleichbare Kompetenzen	268
2. Unterschiede im Kompetenzbestand	271
3. Vergleich des Finanzbereichs	273

C. Die Vergleichbarkeit der ausschließlichen Regionalkompetenzen in Bundes- und Regionalstaaten	274
I. Vergleichbare Kompetenzen	275
II. Unterschiede im Kompetenzbestand	277
III. Vergleich des Finanzbereichs	279
§ 2 Gegenüberstellung der gemeinsamen Regionskompetenzen mit den EU-Kompetenzen	281
A. Zur primärrechtlichen Kompetenzordnung der Europäischen Union	281
I. Grundlagen der Kompetenzverteilung im Primärrecht	281
II. Begrenzung der Unionskompetenz durch Vorbehalte für Mitgliedstaaten und Regionen	284
1. Überblick zu den Kompetenzvorbehalten der Mitgliedstaaten	284
2. Anknüpfungspunkte für Kompetenzvorbehalte der Regionen	287
a) Unionsrechtliche Kompetenztitel mit Beteiligung des Ausschusses der Regionen	287
b) Ausdrückliche Nennung regionaler Belange	288
c) Zwischenfazit	289
B. Vergleich der gemeinsamen Regionalbefugnisse mit den Kompetenzvorbehalten für die Regionen im Unionsrecht	289
C. Gegenüberstellung der unionsrechtlichen Kompetenztitel und der gemeinsamen Regionalbefugnisse	293
I. Ausschließliche und geteilte Unionskompetenzen im Verhältnis zu den gemeinsamen ausschließlichen Befugnissen der Regionen	293
II. Finanzkompetenzen	303
III. Zusammenfassung der gemeinsamen regionalen Befugnisse	304
3. Teil: Anforderungen und Auswirkungen der Einführung des Begriffes Region und von regionalen Kompetenzen im Unionsrecht	307
§ 1 Rechtliche Voraussetzungen zur Einführung eines Regionsbegriffes und regionaler Kompetenzen	307
A. Vorüberlegungen zur rechtlichen Umsetzung	307

I. Vergleichbarkeit regionaler Körperschaften mit Gesetzgebungsrechten ausgehend vom vorstehenden Rechtsvergleich	307
II. „Symmetrischer“ Bundesstaat oder asymmetrischer Staatenverbund - Erfordernis einer neuen „Staatsform“ der Europäischen Union?	311
1. Symmetrie und Asymmetrie im europäischen Verfassungsverbund	311
2. Möglichkeiten eines Souveränitätseingriffs in die Binnenorganisation der Mitgliedstaaten	314
3. Verhältnis eines Regionalismusprinzips zum Prinzip der Gleichheit der Mitgliedstaaten gemäß Art. 4 Abs. 2 EUV	317
B. Zu prüfende Verfahren für die Einführung neuer Begriffe im Primärrecht	318
I. Prüfung der Einführung im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit nach Art. 20 EUV, Art. 326-344 AEUV	318
II. Prüfung der Einführung im Rahmen eines Kompetenzergänzungsverfahrens nach Art. 352 AEUV	320
III. Konkretisierung des Primärrechtsbestandes durch ein Protokoll über die Autonomie	320
VI. Vollständiges Änderungsverfahren des Primärrechtes	321
§ 2 Unionsrechtliche Einführung von Regionalismus	322
A. Definition eines unionsrechtlichen Begriffs der Region	322
I. Der Regionsbegriff der mitgliedstaatlichen Verfassungstraditionen	322
II. Grundzüge des aktuellen unionsrechtlichen Regionsbegriffs	324
III. Der Regionsbegriff der Gemeinschaftscharta des Europäischen Parlamentes zur Regionalisierung von 1988	325
IV. Der Regionsbegriff der Erklärung von Helsinki 2002	326
V. Definitionsversuch	328
B. Anknüpfungspunkte für eine Verankerung im Primärrecht	329
I. Verankerung eines Wertes „Regionalität“ in Art. 2 EUV	331
II. Verankerung eines Zieles „Regionalität“ in Art. 3 EUV	333
III. Verankerung eines Begriffes „Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen“ in Art. 4 EUV	334
IV. Verankerung eines Grundprinzips „regionale Subsidiarität“ in Art. 5 EUV	336

V. Zwischenfazit zur Verankerung von Regionalismus im Primärrecht	337
§ 3 Unionsrechtliche Einführung von regionalen Kompetenzzuweisungen im Primärrecht	337
A. Grundlegende Anforderungen für Kompetenzmodelle regionaler Befugnisse	339
I. Duale oder kooperative Kompetenzverteilung	339
II. Trennung von Gesetzgebungs- und sonstigen Zuständigkeitsnormen	341
III. Mögliche Kompetenzkategorien für regionale Befugnisse	342
IV. Sachbereichs- oder Aufgabenkompetenzen	343
V. Aufzählungssystem oder Allzuständigkeitsklausel	345
B. Kompetenzmodelle für regionale Befugnisse	346
I. Erweiterung der primärrechtlichen Allzuständigkeitsklausel der Mitgliedstaaten um eine regionale Dimension	346
II. Modell der nichtkonstitutiven Verankerung regionaler Zuständigkeiten	347
III. Modelle asymmetrischer Kompetenzordnung	350
1. Asymmetrie durch Abweichungsklauseln (Opt-out) im Primärrecht	351
2. Einführung von Protokollen über die Autonomie mit Verweisnorm in den Verträgen	355
IV. Modell einer bundesstaatsähnlichen Kompetenzordnung	356
1. Voll- oder Mindestkompetenztitel ?	357
2. Abweichungskompetenztitel	360
§ 4 Weitere mögliche Auswirkungen der Einführung auf die Rechtsordnungen	362
A. Auswirkungen auf die Gesetzgebungstechnik	362
I. Erweiterung der Eingangsformeln durch Aufnahme von Gesetzgebungsgrundlage und Erwägungsgründen	363
II. Rangangaben für die Gesetze	364
III. Reduzierung und Konkretisierung von Mantelgesetzen	365
B. Auswirkungen des verankerten Regionalismus für die Mitwirkung der Regionen auf EU-Ebene	366
I. Beteiligung des Ausschusses der Regionen	367
1. Auswirkungen auf die Zusammensetzung	367

2. Auswirkungen auf die Befugnisse	369
II. Beteiligung über das Verfahren des Subsidiaritätsprotokolls	373
1. Konsultationen	373
2. Zuleitung von Gesetzgebungsentwürfen	374
3. Stellungnahmen	375
III. Möglichkeit einer Regionsbeteiligung über den Rat	375
1. Beteiligungsfälle	375
2. Anpassung der Zusammensetzung	376
IV. Auswirkungen auf den Rechtsschutz	378
1. Erweiterungsmöglichkeiten der Nichtigkeitsklage	378
2. Auswirkungen für die Klageerhebung	381
C. Zusammenfassende Wertung der Auswirkungen	381
§ 5 Ausblick	382
Literaturverzeichnis	387

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AdR	Ausschuss der Regionen
Alt.	Alternative
Art.	Artikel
BayEUG	Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz
BayIntG	Bayerisches Integrationsgesetz
BayKiBiG	Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
B-FG	Bundes-Finanzverfassungsgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
etc.	et cetera
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f., ff.	folgende
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
grds.	grundsätzlich
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
i. S. d.	im Sinne des
inkl.	inklusive
i. V. m.	in Verbindung mit
Jh./Jhs.	Jahrhundert/Jahrhunderts
lit.	Litera
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PISA	Programme for International Student Assessment
RL	Richtlinie
Rn(n).	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache
S.	Seite

Abkürzungsverzeichnis

Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des EuGH
u. a.	unter anderem
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
verb.	verbundene
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vor	Vorbemerkung
VRE	Versammlung der Regionen Europas
WVRK	Wiener Konvention zum Recht der Verträge
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
Ziff.	Ziffer